

Pressemitteilung

DATUM Saarouis, 26.03.2026

SEITEN 2

Klaus Hoffmann

Beauftragter für
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. +49 68 31 / 507 11 31

k.hoffmann@freie-waehler-saar.de

Ärger um Rückforderung der Corona-Soforthilfen im Saarland

Das saarländische Wirtschaftsministerium hat ein flächendeckendes Prüfverfahren gestartet und fordert insgesamt rund 18 Millionen Euro an Soforthilfen aus dem Jahr 2020 zurück. Diese Maßnahme mag formal korrekt sein, fällt aber in eine Phase massiver wirtschaftlicher Belastung. Viele Betroffene sehen durch die Rückforderungen ihre Existenz bedroht.

Wem drohen Rückzahlungen?

Selbständige und Unternehmen, die vor sechs Jahren Soforthilfen empfangen hatten werden aktuell zur „Selbstüberprüfung“ aufgefordert, um nachzuweisen ob der ursprünglich prognostizierte Liquiditätsengpass tatsächlich in der angegebenen Höhe eingetreten ist. Andernfalls müssen die Hilfen ganz oder anteilig zurückgezahlt werden.

Diese Rückforderungen entstehen also vor allem bei Überkompensation, wenn ein Unternehmen aufgrund der tatsächlichen Geschäftsentwicklungen weniger Hilfe benötigt hätte, als ursprünglich ausgezahlt wurde. Übersteigt die Soforthilfe den Liquiditätsengpass muss der Differenzbetrag rückerstattet werden. Zwar müssen nicht alle Unternehmen vollständig zurückzahlen. Trotzdem bedeutet für viele Betriebe bereits eine Teilrückzahlung eine existenzielle Belastung.

Wirtschaftliche Lage im Saarland extrem angespannt

Auch wenn es sich bei den Rückforderungen der Corona-Soforthilfen um ein formal korrektes und vorgesehene Verfahren handelt, könnte der Zeitpunkt nicht schlechter gewählt sein.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist krisengeschüttelt. In Industrie und Zulieferbetrieben schreitet der strukturelle Arbeitsplatzabbau weiter voran. Zu der anhaltend hohen Steuer- und Abgabenlast kommen die derzeit explodierenden Energiepreise hinzu. Hohe Standortkosten treiben große Unternehmen ins Ausland, während bei den mittelständigen Unternehmen die Insolvenzen zunehmen. Vor allem im Saarland spitzt sich die wirtschaftliche Lage dramatisch zu. Viele kleine und mittelständische Unternehmen stehen mit dem Rücken zur Wand.

Mittelstand unter Druck

Gerade in einer Phase, in der die wirtschaftliche Stabilität der Unternehmen ohnehin - erneut - massiv gefährdet ist, sehen sie sich mit weiteren finanziellen Belastungen konfrontiert. Das ist nicht nur politisch unsensibel, sondern vor allem ökonomisch kontraproduktiv und damit standortgefährdend: Der zusätzliche Liquiditätsdruck führt im günstigeren Fall zu Investitionsstopps, für viele Betriebe könnte es aber der Sargnagel sein. Zudem wandern auch bei uns Unternehmen ins günstigere Ausland ab und nehmen die dringend benötigten Arbeitsplätze

mit. Im Saarland, mit seiner industriellen Struktur und begrenzten wirtschaftlichen Resilienz, ist diese Politik riskant und zeugt von mangelndem Realitätsbezug zur Lage des Mittelstandes.

Politik muss wirtschaftlich denken

Besonders in Krisenzeiten wie diesem, die zusätzlich durch die geopolitische Lage im Nahen Osten weiter verschärft wird, muss die aktuelle Politik darauf ausgerichtet sein, die finanzielle Basis im Land zu stabilisieren, statt sie weiter zu schwächen. Staat und Bundesländer brauchen nicht nur einen leistungsfähigen Mittelstand, sie sind von der Steuerkraft der kleinen und mittleren Unternehmen abhängig. Sinkende Steuereinnahmen bei steigenden Sozialausgaben führen zu langfristigen strukturellen Einnahmeproblemen. Das können wir uns nicht leisten!

Freie Wähler fordern sozialverträgliches Handeln

Die Freien Wähler fordern eine nachhaltige Standortpolitik, statt den kurzfristigen fiskalischen Fokus. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, steigender Energiepreise und zunehmender Insolvenzen brauchen wir keine Politik, die unsere ohnehin schon fragile wirtschaftliche Substanz weiter bröckeln lässt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine generelle Neubewertung des Verfahrens der Rückforderungen von Corona-Hilfen. Eine Aussetzung oder Streckung der Rückforderungen muss ohne große bürokratische Hürden möglich sein, ebenso wie die Einführung von Härtefallregelungen und der Verrechnung mit zukünftigen Steuerlasten. Kurz gesagt: Wir brauchen eine Politik, die vorausschauend und wirtschaftlich agiert zum Wohle unseres Wirtschaftsstandortes Saarland.

FREIE WÄHLER
Landesvereinigung Saarland
Augustinerstraße 15
66740 Saarlouis

Telefon 0 68 31 1 66 78 48
Telefax 0 68 31 1 66 44 37
geschäftsstelle@sl.freiewaehler.eu
www.freie-waehler-saar.de

Vorsitzender:
Uwe A. Kammer
Johannisbergstr. 1
66798 Wallerfangen

Bank 1 Saar
IBAN: DE17591900000118267001
BIC: SABADE5S